



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

4. Sitzung (öffentlich)

24. November 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Auswertungen der IGLU- und Pisa-E-Studie 2003 hinsichtlich Kindern mit Migrationshintergrund

1

An den Bericht von Ministerialdirigent Manfred Walhorn (Ministerium für Schule und Weiterbildung) schließt sich eine lebhafte Aussprache an.

2 Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005 und Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 und des Solidarbeitrags-gesetzes 2004/2005

16

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/300

- Bericht von Minister Armin Laschet, Aussprache.

3	Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden	19
----------	---	-----------

Antrag
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/471 – Neudruck

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung im kommenden Frühjahr.

4	Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen	24
----------	---	-----------

Gesetzentwurf
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/569

Der Ausschuss beschließt, im Falle einer Anhörung des Hauptausschusses eine Pflichtsitzung durchzuführen.

5	Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern	24
----------	--	-----------

Antrag
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/469

- Kurze Aussprache.

6	Abbau des Überhangs von Vollstreckungen im Jugendarrestvollzug	25
----------	---	-----------

Antrag
 der Fraktion der CDU und
 der Fraktion der FDP
 Drucksache 14/470

Der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 14/470 mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

7	Stand der Reformbestrebungen des Verbraucherinsolvenzrechts und Bewertung des Berichts „Kienbaum“ für das Jahr 2004	29
----------	--	-----------

Staatssekretär Jan Söffing berichtet zu den Reformbestrebungen des Verbraucherinsolvenzrechts. Leitende Ministerialrätin Dr. Beate Wieland (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration) informiert den Ausschuss über den Bericht der Firma Kienbaum zur Verbraucherinsolvenzberatung - siehe auch Vorlage 14/187.

8	Verschiedenes	37
----------	----------------------	-----------

- Siehe Diskussionsteil.

4 Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/569

Vorsitzende Andrea Milz merkt an, der Gesetzentwurf sei nach der Plenardebatte am 9. November zur federführenden Beratung in den Hauptausschuss überwiesen worden. Dieser werde voraussichtlich in seiner Sitzung am 8. Dezember das Beratungsverfahren festlegen. Die Durchführung einer Anhörung sei nicht ausgeschlossen. Sie halte es für ratsam, dass der Ausschuss einen Beschluss darüber fasse, wie er sich an einer etwaigen Anhörung beteiligen wolle.

Monika Düker (GRÜNE) spricht sich dafür aus, dass der Integrationsausschuss verpflichtend an der Anhörung teilnehme. - **Michael Solf (CDU)** schließt sich der Auffassung an.

Britta Altenkamp (SPD) spricht sich ebenfalls dafür aus, eine Pflichtsitzung durchzuführen. Es wäre insbesondere in Richtung der Kommunen ein schlechtes Signal, wenn dieser Ausschuss, der sich mit integrationspolitischen Fragen beschäftige, hier nur eine Kann-Teilnahme beschließe. Die Teilnahme sollte verpflichtend sein.

Wenn es schon keinen Migrationsausschuss gebe, sollte der Integrationsausschuss auf gebührende Art und Weise an den Diskussionen beteiligt werden, bekräftigt **Michael Solf (CDU)**. Der Ausschuss, der in besonderer Weise migrationspolitische Gesichtspunkte erörtere, dürfe nicht zweitrangig behandelt werden.

Der **Ausschuss** beschließt, im Falle einer Anhörung eine Pflichtsitzung durchzuführen.

5 Resozialisierung junger erwachsener Straftäter verbessern

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/469

Vorsitzende Andrea Milz teilt mit, der Plenarbeschluss stamme vom 27. Oktober. Die Federführung liege beim Rechtsausschuss.

Monika Düker (GRÜNE) merkt an, am Vortage sei der Antrag im Rechtsausschuss behandelt worden. Die SPD-Fraktion wolle eine Anhörung beantragen. Es sei noch nicht ganz klar gewesen, ob zu dem Ausgangsantrag oder dem Entschließungsantrag. Im

